

## BI Saubere Luft Ostfriesland

Stellungnahme / Eingangsstatement zur eingereichten Beschwerde von Greenpeace NL im Verbund mit den angeschlossenen Aktionsgruppen zum Anhörungstermin am 26.10.2012 im Statenzaal provinciehuis Groningen

Sehr geehrte Anwesende,

1.

die BI Saubere Luft Ostfriesland, für die ich hier spreche, setzt sich laut ihrer Vereinssatzung u.a. für den Klimaschutz und die Erhaltung und Verbesserung der Luft-, Wasser-, Natur- und Lebensqualität in Ostfriesland, der deutschen und niederländischen Seite des Emsästuars, des mittleren Ästuars, des Dollarts und des Wattenmeeres ein. Dass sich ausgerechnet am unmittelbaren Rande dieses einmaligen und daher so schützenswertes Weltnaturerbe Wattenmeer eine so intensiv Schadstoffe emittierende Kraftwerksindustrie wie in Eemshaven ansiedeln soll, halten wir für eine Katastrophe. EU-weit besteht zwar das Ziel einer Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bis 2020 und darüber hinaus. Die bisherigen einschlägigen Regelungen der EU verhindern jedoch keine regionalen Konzentrationen CO<sub>2</sub>-intensiver Betriebe wie eben auch die bestehenden oder in Bau befindlichen Betriebe in Eemshaven. Anstatt ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen zu verringern, erhöhten die Niederlande ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen zwischen 1990 und 2009 sogar noch um 22 Prozent. Um so mehr hätte die Provinz Groningen als Entscheidungsträger /- instanz für die Ansiedelung von Industrien im Eemshaven ein Korrektiv sein können und müssen. Sie ist es aber nicht. Im Gegenteil! Als 60%tiger Teilhaber an der Hafenbetreibergesellschaft Groningen Seaports hat die Provinz Eigeninteressen an einem möglichst hohen Hafenumschlag in Eemshaven, was durch ein Kohlekraftwerk eher gegeben ist als bei einem Gaskraftwerk. Die Provinz Groningen ist daher keine neutrale Entscheidungsinstanz in diesem Verfahren und nimmt ihre Verantwortung für die Bevölkerung nicht wahr. Das kritisieren wir.

2.

Bei dieser Anhörung werden über 6.200 Beschwerden von Einzelpersonen ausgeklammert, weil sie nach dem Allgemeinen Verwaltungsrechtsgesetz der Niederlande als unzulässig angesehen werden. Kriterium dafür ist der Fakt, dass die Beschwerden von Personen stammen, die mehr als 1,5 km. vom Kraftwerk entfernt wohnen. Die Emissionen, die vom zukünftigen Kohlekraftwerk Eemshaven ausgehen werden, machen jedoch nicht an einer 1,5-km-Grenze rund um das Kraftwerk Halt. Daher hält unserer Meinung nach dieses formaljuristische Kriterium einer inhaltlichen Prüfung nicht stand. Die Sache wird unseres Erachtens weiteren Anlass bieten, gegen die Nichteinbeziehung der Einzelbeschwerden zu klagen. Es ist klar, dass man nicht 6.200 Einzelbeschwerden im Rahmen dieser Anhörung behandeln kann, aber man hätte exemplarisch die Beschwerde auf Grundlage der Greenpeace-Vorlage sowie alle Einzelbeschwerden, die zusätzliche Aspekte eingebracht haben, inhaltlich prüfen müssen. Dass das nicht geschehen ist, das kritisieren wir.

3.

In einem Pressebericht im Ostfriesischen Kurier am 28.07.2012 wurde eine Verlängerung der Stellungnahme im offiziellen Genehmigungsverfahren bis zum 10. August 2012 von einer Groninger Delegation unter Beteiligung von Frau van Schreven, Direktorin der Provinzverwaltung Groningen und Frau Joustra, Projektleiterin Naturschutzgenehmigungen, bestätigt. Der Termin für das Einspruchsverfahren wurde auf diesem Wege fälschlicherweise als verlängert bekannt gegeben. Alle bis zu diesem Zeitpunkt eingegangenen Beschwerdebriefe müssen deswegen Berücksichtigung finden.

4.

Der Einblick in die Unterlagen zum Genehmigungsverfahren wurde zumindest in Deutschland soweit wie möglich erschwert, um die Anzahl der Einwände möglichst gering zu halten.

- Mangelnde Bekanntmachung des Genehmigungsverfahrens in der deutschen Presse.
- Es standen keine Unterlagen zur Einsicht zur Verfügung (beispielsweise in Emden)
- Über 60 nicht übersetzte Dateien mussten zur Einsicht einzeln heruntergeladen werden.
- Es gab keine Deutsche oder Englische Zusammenfassung.

5.

Ausgleichsmaßnahmen wurden nur für niederländische Gebiete geplant, obwohl bei dem vorherrschenden Westwind besonders das Wattenmeer und Deutschland durch Schadstoffe belastet werden wird.

6.

Das Kohlekraftwerk wird eine signifikante Verschlechterung des Erhaltungszustandes von FFH Schutzgebieten bewirken. Es führt zu einer Gefährdung von nach FFH Richtlinie 2008/56EG vom 17 Juni 2008 (MSRL) als prioritär eingestuft Arten. Eine Betriebsgenehmigung verstößt somit gegen europäisches Recht.

Auch unter diesen Aspekten stehen wir voll und ganz hinter der auch in unserem Namen eingereichten Beschwerde von Greenpeace NL.

gez. G. Lefelmann

# Krummhörner äußern Befürchtungen

**KOHLEKRAFTWERK** Niederländer folgen Einladung der Ostfriesen – Zwölf Kilometer von Deich zu Deich

Die Einspruchsfrist wurde bis zum 10. August verlängert.

**KRUMMHÖRN** – Nachdem im Juni der Besuch einer deutschen Delegation des Arbeitskreises Kohlekraftwerk des Rates der Gemeinde Krummhörn bei der Provinz Groningen kurzfristig abgesagt worden ist, waren die niederländischen Kolleginnen jetzt auf Einladung von Bürgermeister Johann Saathoff zu Gast in der Gemeinde Krummhörn.

An einem Runden Tisch im Krummhörner Rathaus wurden zunächst die unterschiedlichen Positionen im Zusammenhang mit dem Bau des RWE-Kohlekraftwerkes in Eemshaven diskutiert. Die Krummhörner Vertreter äußerten noch einmal ihre Befürchtungen: Die schädlichen Luftemissionen, zu denen neben CO<sub>2</sub> auch Stickoxide, Feinstäube und hochgiftige Schwermetalle gehören, würden die Gesundheit der Bürger sowie den Tourismus in der Krummhörn gefährden.

Dabei machten die Krummhörner Vertreter deutlich, dass man wegen der nur schleppenden Bekanntmachung über das RWE-Naturschutzgenehmigungsverfahren für eine Stellungnahme im offiziellen Beteiligungsverfahren mehr Zeit brauche. Hier wurde von niederländischer Seite eine Prüfung zugesagt, wobei eine Verlängerung um eine Woche bis zum 10. Au-



Beim Treffen dabei waren (v. l.): Frank Schoof, fbi; Annet van Schreven, Direktorin Provinzverwaltung Groningen; Mariska Joustra, Projektleiterin Naturschutzgenehmigungen; Jan Alberts, Gemeinde Krummhörn; Wietske Veltman, Mitarbeiterin des Abgeordneten Wiebe van der Ploeg; Gerd Wellbrock, SPD; Bürgermeister Johann Saathoff; Frank Baumann und Johann Smid, Die Grünen.

gust bereits bestätigt wurde.

Nach dem konstruktiven Gespräch fuhr die Gruppe gemeinsam nach Upleward, um dort auf dem Deich mit dem Blick nach Eemshaven die unterschiedlichen Belange in Sachen Industrieansiedlung in Eemshaven einerseits und touristische Aspekte andererseits auf Krummhörner Seite deutlich zu machen.

Die Groninger Delegation war schon überrascht, wie nahe Eemshaven an der Krummhörn liegt, eben nur zwölf Kilometer von Deich zu Deich. Im Anschluss daran erfolgte noch ein Besuch in Greetstel, um auch dort noch einmal auf die Bedeutung des Tourismus in der Krummhörn hinzuweisen.

Bei einem abschließenden

Mittagessen sagten die niederländischen Vertreterinnen zu, einen Besuch im RWE-Kohlekraftwerk zu vermitteln. Die Option das Kohlekraftwerk in ein Gaskraftwerk umzufunktionieren, wurde vom Krummhörner Arbeitskreis Eemshaven ins Gespräch gebracht. Zudem wolle man künftig mehr miteinander in Kontakt bleiben, um die ver-

schiedenen Interessenlagen möglichst kurzfristig besprechen zu können.

Von Krummhörner Seite wurde erneut angeregt, eine Informationsveranstaltung in der Krummhörn zu organisieren, um die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Gäste über die sich im Bau befindenden Anlagen zu informieren.

Ostfriesischer Kurier